

Montag, den 06. April 2009

Pressekonferenz
zur Gründung des „Rates der Religionen – Frankfurt“ am 01. April 2009

Stellungnahme von StRin Dr. Nargess Eskanari-Grünberg

Am Mittwoch Abend, als gegen 23:00 Uhr der Rat im Dezernat gegründet war, Vorstand und Vorsitzender gewählt waren – in Tel Aviv war es nach Mitternacht – da gingen mir viele Dinge und Erinnerungen durch den Kopf. Ich sage es ganz knapp: Wir sind nicht nur einen Schritt weiter. Wir können ab jetzt neue, zusätzliche Wege gehen.

Wenn ich mir überlege, was mein Amt als Integrationsdezernentin ausmacht, dann ist es wohl dies: Menschen zusammenzubringen, auch Menschen verschiedener Religion und Weltanschauung. Mein Engagement gilt daher auch dem interreligiösen Dialog. Dabei verstehe ich diesen Dialog nicht nur als Gespräch, sondern als Handeln: als echte Kooperation. Darin sehe ich zugleich meine Rolle als Partnerin dieses Rates. Deswegen, mit dem Ziel konkreter Arbeit, habe ich mich so sehr für die Gründung dieses Rates engagiert. In einer Zeit, da viele mit oder gegen Religion Politik machen wollen, ist die Gründung dieses Rates ein Beitrag zum Zusammenleben in unserer Stadt. Sie ist ein wichtiges Signal: dass auch Religion nicht trennt, sondern verbinden kann; dass sie auch dann verbinden kann, wenn man sie nicht verschweigt, sondern offen lebt.

Die Arbeit eines Rats der Religionen verlangt von seinen Mitgliedern den guten Willen zur Gemeinsamkeit. Die Bereitschaft dazu setzt die Satzung voraus, ebenso die Achtung des Grundgesetzes und unserer Rechtsordnung sowie das Verbot jeglicher Form der Diskriminierung. Die Satzung ist eine gemeinsame, freiwillige Vereinbarung zur Kooperation untereinander und zur Zusammenarbeit mit der Stadt. Sie wurde einstimmig angenommen. Das ist ein gutes Zeichen, ein echter Schritt nach vorne. Dass die großen Religionsgemeinschaften sich selbst zurückgenommen haben, ist ein weiteres Signal, das ich ausdrücklich würdigen möchte. In diesem Raum wissen wir es alle: Religionen predigen den Frieden. Aber ihr Zusammenleben ist nicht immer spannungsfrei, und das oft durch Fremdverschulden. Gemeinsam können wir, Rat und Stadt, hier gute Arbeit leisten. Wir leben in einer Zeit, da viele Menschen Werte und Maßstäbe suchen und ich denke auch: sie suchen vor allem gemeinsame Werte. Hier bin ich als Integrationsdezernentin gefragt, und auch deswegen habe ich seit meinem Amtsantritt die Gründung dieses Rates in so vielen Gesprächen und Arbeitssitzungen befördert, dass ich sie nicht mehr zählen kann. Für das Vertrauen, das mir dabei stets entgegengebracht wurde, möchte ich mich auch öffentlich bedanken.

Die Gründung dieses Rates befördert nicht nur den konkreten interreligiösen Dialog, der zum Zusammenleben in unserer Stadt beiträgt. Die Gründung des Rates ermöglicht noch etwas anderes: einen besseren Dialog *mit* Religionen und auch eine verbesserte Arbeit *in* die religiösen Gemeinschaften hinein. Bei diesem Rat geht es für mich vor allem um eines: um unser Zusammenleben in dieser Stadt. Wir alle leben und handeln auch im öffentlichen Raum. Die soziale Rolle von Religionsgemeinschaften ist aus unserem Alltag nicht hinwegzudenken. Das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt ist durch Religion bestimmt oder beeinflusst – und zwar auch der Alltag derjenigen, die

sich selbst keiner Religionsgemeinschaft zugehörig fühlen. Diese sind inzwischen, wie manchmal angemerkt wird, die größte Einzelgruppe.

Ich freue mich sehr über diese Gründung, als Dezernentin und auch persönlich. Gleichwohl gibt es Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt, die auch an diesem glücklichen Tag darauf verweisen, dass unser öffentliches Leben säkular ist. Es stimmt: Unsere Verwaltung handelt weltanschaulich neutral. In Politik und Verwaltung gilt in ganz Europa ein einfacher, klarer Grundsatz: Gleichberechtigung. In unserem Land herrscht Religionsfreiheit, und das heißt für viele auch ‚negative Religionsfreiheit‘. Das ist ein scheußliches Wort. Für viele Menschen in unserer Stadt und in unserem Land ist dies jedoch ein wichtiges Wort von ebenso grundlegendem Wert wie Frauen- und Minderheitenrechte. Es ist ein Wort, das übrigens auch in der Satzung des Rates verankert ist. Darauf habe ich Wert gelegt, ebenso wie auf manche andere Satzungsfrage. Denn als Integrationsdezernentin trete ich für alle Gruppen ein und für ihre legitimen Interessen. Daher trete ich auch ein für Religionsfreiheit und für das Recht, seinen Glauben in diesem Land zu praktizieren. Lassen Sie mich eine persönliche Bemerkung hinzufügen: Ich bin stolz auf unser Land und seine öffentliche Ordnung, die diese meine Arbeit ermöglicht, ja fordert. Aber meine Rolle ist auch eine Belastung, denn sie leistet manchmal Missverständnissen Vorschub, manchmal auch absichtlichen, die verletzen und verletzen sollen. Gerade Integrationspolitik braucht Werte und Maßstäbe, an die wir uns alle halten.

Unser politisches Leben ist weltanschaulich neutral. Daher habe ich mich – anders als mein Amtsvorgänger es noch erwog - entschieden, keine Geschäftsstelle des Rates bei der Stadt Frankfurt anzubieten und der Stadt auch keine Mitgliedschaft fest einzuräumen. Denn dieser Rat soll keine Institution der Stadtverwaltung sein. Dieser Rat soll keinem Amt unter- oder übergeordnet sein. Ich brauche einen wichtigen und starken Partner. Ich brauche einen Partner, der in der Lage ist, sich autonom und selbst zu organisieren. Nur so kann ein echter Dialog zustande kommen, ein Dialog zwischen selbständigen Partnern, wie ich ihn erhoffe und den ich führen will.

Was könnten die Inhalte dieses Dialoges sein? Es sind praktische Fragen. Denn die Arbeit des Rats der Religionen soll theologische Fragen ausklammern. In theologischen Fragen können und wollen Politik und Verwaltung ohnehin nicht Partner sein. Doch theologische Differenzen können Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt entzweien, sogar Familien, Kinder und Eltern. Noch vor einigen Jahrzehnten war auch in diesem Land die Ehe auch zwischen Protestanten und Katholiken nicht ganz selbstverständlich. Ich möchte in Zusammenarbeit mit dem Rat Missverständnissen oder Konflikten vorbeugen. Ich erhoffe mir, dass städtische Krankenhäuser und Beratungsstellen ihren Umgang mit andersgläubigen Patienten und Klienten verbessern können. Ich erhoffe mir neue Impulse für unsere Jugendarbeit. Ich möchte in der Öffentlichkeit dort für Transparenz und Vertrauen sorgen, wo in Stadtteilen neue Nachbarschaften entstehen und wo immer noch Fremdheit herrscht. Ich möchte Distanz überwinden und zu einem echten Miteinander kommen. Ich möchte den Kontakt städtischer Stellen zu fremdsprachigen Priestern und Predigern vertiefen. Und ich erhoffe mir eine breite Beratung und Verankerung, wenn es darum geht, für diese Stadt Verfahren und Vorschläge für weitere religiöse Bauten zu entwickeln, ob für Tempel, Pagoden, Moscheen oder Kirchen der unterschiedlichsten Konfessionen.

Die Beispiele von wichtigen Handlungsfeldern ließen sich fortsetzen. Klar ist: Die Arbeit dieses Rates und seine Zusammenarbeit mit mir und mit der Stadt hat sich noch zu entwickeln. Es ist ein Prozess, und ich bitte Sie, diesem neu gegründeten Gremium die Zeit zu geben, die es braucht, um gute Arbeit zu leisten. Von einem dürfen wir ausgehen: Die derzeit 23 Frauen und Männer in diesem Rat haben unser aller Vertrauen verdient.